

Im Nachlass der Trump-Ära: Hass, Bürgerbewaffnung, Gewalt

Arthur Kreuzer

Der neue Präsident Joe Biden wird es bekanntlich schwer haben. International gilt es, Vertrauen in die Verlässlichkeit der USA als Vertragspartner und Garant von Sicherheit wiederherzustellen. Vorrangig wird es für ihn aber sein, national aufgerissene Wunden zu heilen, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden, ein vom Vorgänger weiter vergiftetes Klima von Unsicherheit, Ängsten, Hass und Gewalt zu reinigen.

Alarmierende Symptome des vergifteten Klimas

Neue Studien sowie politische Aktionen des scheidenden Präsidenten werfen Schlaglichter auf dieses Klima:

- Dramatisch nehmen sog. „mass shootings“ zu. Die Forschungsgruppe „Gun Violence Archive“ zählt seit 2013 Vorfälle, bei denen Schusswaffenangriffe mindestens vier Opfer – Tote oder Verletzte – hinterlassen, die Angreifer dabei nicht mitgerechnet. In der Regierungszeit von Trump ist die Zahl von 382 (2016) auf 605 (Stand 26.12.2020) gestiegen. Allein gegenüber dem Vorjahr hat sie sich um über die Hälfte erhöht.
- Nach derselben Quelle sind in den USA 2020 bis zu dem Stichtag 42.679 Menschen mit Schusswaffen getötet worden. Es ist der höchste Wert seit 25 Jahren. Er übersteigt den der Verkehrstoten. 23.826 Todesfälle entfielen auf Suizide, 18.853 auf vorsätzliche oder fahrlässige Fremdtötungen. Außerdem wurden 38.713 durch Schusswaffen Verletzte gezählt. Solche Tötungen und Verletzungen nehmen ebenfalls tendenziell zu. Werden für die USA 12,1 Tötungen mit Schusswaffen je 100.000 Einwohner errechnet, so für Deutschland 0,9, für Japan lediglich 0,2.
- Brisant erscheint der weitere Befund erheblich zunehmenden Schusswaffenkaufs. Zwar verfügt etwas mehr als die Hälfte aller Haushalte in den USA über keine Schusswaffen. Aber die anderen besitzen oder horten sogar Waffen zum vermeintlichen Selbstschutz oder „Sport“. Überproportional sind es Haushalte „Weißer“. Mindestens 400 Millionen Schusswaffen dürften derzeit in Privatbesitz sein. Eine Studie an der Rutgers Universität mit der Befragung von 3.500 Amerikanern hat jüngst beunruhigende Erkenntnisse ergeben: 15 % planen erstmalig oder erneut einen Waffenkauf in den nächsten zwölf Monaten, weitere 17 % erwägen es. Mehrere Erhebungen und eine FBI-Datei bestätigen allein für die vergangenen Sommermonate eine bislang einzigartige Zunahme des Kaufs von Schusswaffen, einen Ansturm auf Waffengeschäfte.

Das dürfte auf eine Mischung gewachsener Ängste um die eigene Sicherheit und staatliche Hilflosigkeit zurückzuführen sein. Bestandteil solcher Mixtur von Ängsten sind unter anderem rassistische Gewaltvorfälle wie die Tötung von George Floyd, die ein Fanal war und

auf breiter Front Unruhen auslöste. Gleichmaßen hat zuletzt die Corona-Pandemie, in der sich Trump ziemlich hilflos und widersprüchlich verhielt, diese Mischung von Ängsten verstärkt. Schon zuvor hatten vor allem Amokläufe wie die Massenerschießung in einer High School von Parkland/Florida 2018 durch einen 19-jährigen psychisch Gestörten Ängste vermehrt und Waffenkäufe stimuliert. Trump förderte das; sein den Opfern in Parkland gegebenes Versprechen, Waffenkäufe wenigstens für psychisch Labile einzuschränken, hat er nach Interventionen der National Rifle Association (NRA) wieder fallen lassen; statt dessen folgte er dem törichten, fast zynischen Slogan der NRA, es habe eben an bewaffneten Lehrern gefehlt, die mit ihrer Waffe solchen Tätern hätten zuvorkommen können; er regte eine entsprechende Ausbildung von Schulbediensteten an. Mit zunehmendem privatem Waffenbesitz steigt zugleich die Wahrscheinlichkeit vermehrter Suizide. Die Mischung angstauslösender Wahrnehmungen wird durch Gefühle von Hass und Rache zusätzlich vergiftet. Dazu dürfte besonders das von Trump vehement vertretene Verschwörungsnarrativ eines massenhaften Wahlbetrugs auf Seiten seiner politischen Gegner beitragen. Es ist zugleich Gift für die Demokratie. Ebenso wird man einem anderen Verschwörungsglauben toxische Wirkungen zumessen müssen; es ist die hüben wie drüben namentlich bei rechtsextrem denkenden Menschen verbreitete Annahme, geheime Mächte seien verantwortlich für Corona und Lockdown.

- Zu den Symptomen eines vergifteten gesellschaftlichen Klimas gehört weiterhin das seit Trumps Regierungsantritt verstärkte Auftreten rechtsextremer bewaffneter Milizen junger weißer Männer, wie etwa der „Proud Boys“. Sie üben ihre militanten, oft gegen Staatsautoritäten gerichteten Aktivitäten seit 2016 über soziale Medien und in Kundgebungen aus. Trump hat sich von ihnen nicht eindeutig distanziert; so forderte er sie im Fernsehduell mit Biden zweideutig auf, sich zurückzuhalten und bereitzuhalten („Stand back and stand by!“). 2020 kamen die „Boogaloos“ hinzu, die sich auf einen zweiten amerikanischen Bürgerkrieg vorbereiten.

- Schließlich ist Trumps Haltung zur Todesstrafe ein derartiges Symptom. Diese Strafe wirkt nach vielfältiger Forschung keineswegs abschreckend, eher brutalisierend auf die Gesellschaft. Sie ist seit Jahren auch in den USA auf dem Rückzug sowohl in der öffentlichen Meinung als auch in Gesetzen und Handhabungen der Einzelstaaten; Erkenntnisse und Erfahrungen unvermeidbarer Justizirrtümer und Fehlvollstreckungen hat wesentlich zum Meinungswandel beigetragen. Der Präsident versucht nun diese Entwicklung zu konterkarieren und stellt damit Rekorde auf. Seit 2003 hatte es keine Exekutionen mehr auf Bundesebene gegeben, nun schon zehn in diesem Jahr, zuletzt die Hinrichtung des Afroamerikaners Bernard am 10. Dezember. Erstmals gibt es auf Bundesebene damit mehr Exekutionen als in den Einzelstaaten (insgesamt dort 7). Ende November erließ das Justizministerium außerdem Richtlinien, die andere Hinrichtungsmethoden als Todesspritze – also wieder Erschießung, elektrischen Stuhl und Vergasung – zulassen trotz verfassungsrechtlicher Einwände. Weitere vier Hinrichtungen bis zur Amtseinführung von Biden – Gegner der Todesstrafe – sind geplant, darunter erstmalig auf Bundesebene die Exekution einer Frau.

Verbreiteter Irrglaube an Vorbeugung durch Bürgerbewaffnung

Ganz allgemein können wir ein Meinungsparadox in Gesellschaften wie der amerikanischen feststellen, das dringend zur politischen Aufklärung mahnt:

Einmal ist es die auch bei uns anzutreffende irrige Vorstellung von stetig wachsender Kriminalität allgemein und Gewalt im Besonderen. Wäre sie zutreffend, könnte man schon eher Neigungen zur Bürgerbewaffnung nachvollziehen. Aber bei uns geht gerade Gewaltkriminalität in den letzten Jahrzehnten deutlich zurück. Befunde aus Kriminalstatistiken und Dunkelfeldstudien belegen es. Auf insgesamt höherem Zahlenniveau gilt das auch für die USA.

Zum anderen ist es die Meinung, der Besitz einer Schusswaffe beuge Verbrechen vor. Auch das ist durch zahlreiche wissenschaftliche Studien in den USA widerlegt. Der von der NRA verbreitete Slogan „It’s not the weapon, it’s the man who kills“ entlarvt sich als Trugschluss. Ohne die Schusswaffe kommt es eben weitaus seltener zu Tötungen. Verfügbarkeit der Waffe verführt zu ihrer Verwendung. Je mehr Waffen in privater Hand, um so häufiger Waffeneinsatz. Selten sind die Fälle zulässiger, hilfreicher Selbstverteidigung mit Waffen. Bürgerbewaffnung schürt Waffenmentalität und Ängste, unterläuft das staatliche Gewaltmonopol. Konkrete Konstellationen: In psychischen Extremlagen greifen viele zur Waffe und erschießen sich; in häuslichen Konflikten oder sonst im Affekt wird spontan auf Partner geschossen; der Waffenbesitzer verkennt eine harmlose Lage als solche der Notwehr und erschießt den vermeintlichen Angreifer; ein tatsächlicher Angreifer vermutet Waffenbesitz des Opfers und kommt der befürchteten Verteidigung mit eigener Waffe zuvor; das gilt ebenso für Polizisten, die schneller zur Dienstwaffe greifen, wenn und weil sie Waffen bei ihrem Gegenüber vermuten; kriminalitätsbereite Waffeneigner setzen die Waffe bei Überfällen ein; Kinder von Waffenbesitzern suchen sich die Waffe, und im spielerischen Umgang kommt es zu tödlichen Unfällen.

Ebenso liegen Erkenntnisse über Wirkungen restriktiver oder freizügiger Waffenpolitik vor. So ist Gewaltkriminalität, namentlich solche mit Schusswaffen, deutlich größer, wo wie etwa in Seattle/USA laxes Waffenrecht herrscht. Sie ist weit geringer in der vergleichbaren kanadischen Nachbar-Metropole Vancouver, wo privater Waffenbesitz stark eingeschränkt ist.

Hindernisse für Reformen durch Biden

Erklärtermaßen will der künftige Präsident Biden das gesellschaftliche Klima verbessern, die Risse kitten, das Waffenrecht verschärfen, die Todesstrafe schrittweise abschaffen. Doch wird er auf schwer überwindbare Widerstände stoßen. Abgesehen von der möglicherweise nach den bevorstehenden Wahlen der zwei Senatoren in Georgia weiterbestehenden republikanischen Mehrheit im Senat muss er sich vor allem auf Gegenwind seitens der NRA und des US-Supreme Court einstellen:

- Vor allem ist es die NRA. Sie recherchiert eingehend über das Abstimmungsverhalten jedes und jeder Abgeordneten; in erster Linie benotet sie Politiker nach ihrer Festigkeit, alle noch so harmlosen Verschärfungen des Waffenrechts abzulehnen. Zuverlässige Kandidaten können in Wahlkämpfen mit der Auszeichnung „NRA-empfohlen“ werben. Sie erhalten oftmals finanzielle Wahlkampfhilfen. Unzuverlässige müssen mit Rufmordkampagnen rechnen. Von beiderlei Einflussnahme können Trump selbst und seine damalige Gegenspielerin Hillary Clinton ein Lied singen. Der Einfluss dieser stärksten zivilgesellschaftlichen Organisation kann kaum überschätzt werden: ein Skandalon im Gefüge der Demokratie.
- Trump hat außerdem durch die drei Nachbesetzungen im höchsten Gericht, dem US-Supreme Court, in seiner Amtszeit dafür gesorgt, dass die konservative Richtermehrheit gefestigt ist. Sie schien zuvor zeitweilig gefährdet. Bei moralisch und verfassungsrechtlich relevanten Themen wie dem Abtreibungsverbot, der Todesstrafe, der rechtlichen Bewertung abweichender sexueller Orientierungen und der Reichweite des Bürgerrechts Waffen zu tragen, kommt diesem Gericht die Letztentscheidung zu. Insbesondere gab es bis jetzt eine gesicherte konservative Mehrheit in der Haltung zum zweiten Verfassungszusatz von 1791. Er lautet übersetzt: „Da eine wohlgeordnete Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.“ Konservative Richter wie vor allem der verstorbene Scalia und die jüngst neuberufene Richterin Barrett vertreten die „originalistische“ Methode der Verfassungsinterpretation. Danach ist die Norm auszulegen nach dem Kontext ihrer Entstehung, der Zielsetzung und Sinnggebung bei der Normsetzung. „Originalismus“ erinnert an theologisch-fundamentalistische Auslegung von Bibeltexten, die das Weltbild der Entstehungszeit solcher Texte auch für heute übernimmt. Für „Originalisten“ ist das Recht Waffen zu tragen nahezu uneinschränkbar, weil man bei der Normentstehung von der Notwendigkeit ausging, die Rechtsordnung durch bewaffnete Bürger zu schützen. Dagegen beziehen Vertreter der Lehre von einer „lebenden Verfassung“ Veränderungen von Gesellschaft und Staat in die Interpretation mit ein und fragen nach dem heutigen Sinn einer Norm. Diese Sicht entspricht vorherrschendem Rechtsverständnis auch der meisten europäischen Rechtswissenschaftler und Gerichte. So lässt nur eine Minderheit im Supreme Court gelten, dass der Staat das Waffenrecht von Bürgern einschränken, wenngleich nicht aufheben darf; dies in der Erkenntnis technischer, zivilisatorischer und demokratischer Veränderungen: Die Waffen haben sich verändert; zu den Musketen, Pistolen und Jagdgewehren vor über zwei Jahrhunderten gesellen sich heute z.B. halb- oder vollautomatische Handfeuerwaffen mit großen Munitionsmagazinen. Und das Staatsverständnis hat sich verändert; an die Stelle der Bürgermilizen treten hoheitlich agierende Polizei- und Sicherheitsdienste sowie die Bundessoldaten; Bürger sollen grundsätzlich auf bewaffneten Selbstschutz verzichten zugunsten des staatlichen Gewaltmonopols; Milizen sind in Demokratien überholt, erscheinen eher als Merkmal geschwächter Staaten mit um Staatsmacht ringenden rivalisierenden Machtgruppen wie im Nahen Osten.

Was uns das angeht? Auch unsere Demokratie ist nicht unverletzlich. So machen sich allenthalben Nationalismen und Extremismen bemerkbar. Gelegentlich formieren sich Bürgerwehren. Es gibt Unzulänglichkeiten im Waffenrecht. Und immer wieder bemühen sich die keineswegs einflusslose Waffenlobby sowie rechtsextreme Politiker, das Waffenrecht zu lockern. Wie auch die seit Jahrzehnten bestehende Mehrheit der Bevölkerung gegen die Todesstrafe durchaus fragil erscheint.